

Berlin, d. 8.5.2017

An
die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
z.H. Frau Scheeres,
Bernhard-Weiß-Str.6
10178 Berlin

Wir sind wütend!

Wieder einmal werden viele von uns mit einem Problem konfrontiert, das einige der älteren Kollegen aus ihren beruflichen Anfangstagen kennen. Wir, die verbeamteten Lehrkräfte und alle angestellten Lehrpersonen, die seit vielen Jahren die ständig wechselnden Vorhaben aus der Politik umsetzen, die an unzähligen Konzeptionen, pädagogischen und fachlichen Schwerpunktsetzungen, Schulprogrammen und nun auch am schulinternen Curriculum mitarbeiten, die sich mit Jahrgangsmischung, Inklusion und traumatisierten Flüchtlingskindern befassen, wir sind nicht qualifiziert genug.

Wir sollen erst durch zusätzliche Qualifikationsmaßnahmen eine Gleichstellung mit den jungen Kollegen und somit in den Genuss einer höheren Gehaltsstufe kommen, wie Sie es in Ihrem

Koalitionsvertrag unter Zeile 470 Grundschullehramt attraktiver gestalten formuliert haben.

Sie haben uns nach so vielen Berufsjahren bescheinigt, dass die Qualität unserer Ausbildung schlechter ist als die der jungen Kollegen und der Quereinsteiger, die ab dem Schuljahr 2017/18 zu uns in die Schule kommen werden. Junge Kollegen, die wir gerade im Referendariat unterstützen und anleiten, die noch keine beruflichen Erfahrungen vorweisen können, werden unmittelbar nach Abschluss ihrer Ausbildung ein höheres Gehalt beziehen als ihre anleitenden Lehrkräfte. Wir können diesen Sachverhalt, der etwas von einem Schildbürgerstreich in sich trägt, kaum glauben.

Vor vielen Jahren mussten Kollegen, die nach dem Studium aus anderen Bundesländern nach Berlin kamen, die Erfahrung machen, dass ihnen mit dem Argument, sie hätten in den anderen Bundesländern eine Ausbildung mit einem niedrigeren Anforderungsprofil absolviert (auch das erwähnen Sie in Ihrem Koalitionsvertrag), ein ganzes Studienfach aberkannt wurde, was grundsätzlich eine niedrigere Gehaltsstufe bedeutete. Berlin hat jahrelang von diesen mit zwei oder drei studierten Fächern gut ausgebildeten Lehrkräften zum Billigtarif profitiert. Heute ist es wieder das Argument, genau dieses Lehrpersonal, wie auch die in Berlin ausgebildeten Lehrkräfte nicht teilhaben zu lassen an dem Versprechen die grundlegende und wichtige Arbeit von Grundschullehrern endlich anzuerkennen und sie auch besser zu bezahlen. Dieses Vorhaben sollte doch für alle Lehrkräfte

umgesetzt werden, die seit Jahren hier in Berlin unter immer schwierigeren Bedingungen gute Arbeit leisten, was Sie öffentlich wirksam immer gerne wieder betonen.

Da wir Lehrkräfte in Berlin deutlich schlechter bezahlt werden als unsere Kollegen in vielen anderen Bundesländern, würde eine Anhebung der Gehaltsstufe folglich nur eine Angleichung der Gehälter bedeuten. Wir erinnern uns sehr deutlich, dass dieses bis 2017 geschehen sollte. Nun haben Sie es in Ihrem Koalitionsvertrag auf das Jahr 2021 verschoben. Zählt Ihr Wort nichts? Haben Sie Ihre Fürsorgepflicht aufgegeben? Nun sollen wir **wieder** leer ausgehen und von der versprochenen Angleichung sind wir **weit entfernt**.

Eine Anerkennung unserer Arbeit müsste anders aussehen.

Wir sind es leid, immer die gleichen Argumente für Ihre Sparpolitik anhören zu müssen. Wir sind es leid, dass inzwischen eine Mehrklassengesellschaft in der Grundschule entstanden ist. Wir haben eklatante Gehaltsunterschiede zwischen den einzelnen Lehrkräften für die gleiche Arbeit.

Es ist höchste Zeit, dass Sie darüber nachdenken, dass genau **die Lehrkräfte**, die sich Ihrer Ansicht nach fortbilden, d.h. qualifizieren müssen, zu dem Personenkreis gehören, die die Lehrkräfte im Referendariat anleiten, die Quereinsteiger beraten, den sportlichen Nachwuchs durch bezirkliche und überbezirkliche Wettkämpfe fördern, Fachbereiche leiten, in der erweiterten Schulleitung sowie in schulischen und den regionalen Gremien aktiv gestalten und mitarbeiten.

Wir sollten unser Engagement wirklich umgehend überdenken!

Und noch ein Hinweis: Wir können die Fortbildungen, die wir inzwischen besucht haben, nicht an unseren Händen abzählen.

Wir sind wütend!

Wir fordern umgehend die Eingruppierung in A 13/E 13 für alle Grundschullehrer. Wir fordern gleiches Gehalt für gleiche Arbeit ohne zusätzliche Fortbildungsmaßnahmen.

Wir erwarten eine Antwort an die Lehrerschaft der Berliner Grundschulen.

Dieses Schreiben geht auch an die Fraktionsvorsitzenden der Grünen, der Linken und der SPD.